

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung
(25. - öffentliche - Sitzung am 11. Januar 2019)

Beratungsthemen:

1. Unterrichtung zum „Aus der CeBIT“ und dessen Folgen

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „VW meldet erneut Auffälligkeiten bei Abgassoftware“ und deren Folgen

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

3. Schnelles Netz für alle: 5G-Versteigerung muss sinnvolle Parameter setzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2141](#)

Der Ausschuss erörterte Grundzüge des Antrags und klärte Verfahrensfragen.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss er mit deren Stimmen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, sich in einer der nächsten Sitzungen durch die Landesregierung, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung und nach Möglichkeit durch den Herrn Umweltminister Lies, weil dieser dem Beirat der Bundesnetzagentur angehört, über den Stand des Verfahrens zur Versteigerung der 5G-Lizenzen unterrichten zu lassen.

4. Fahrverbote für Diesel-Pkw in Zeiten deutlich sinkender Stickoxidemissionen sind unverhältnismäßig und müssen verhindert werden!

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1843](#)

a) **hier:** Antrag der Fraktion der FDP auf Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 NV zum Auswahl- und Aufstellungsverfahren, zu den regelmäßigen Kontroll- und Zertifizierungsverfahren aller verkehrsnahen Messstationen in Niedersachsen sowie zur Abstimmung der Luftreinhaltepläne der betroffenen Kommunen

b) **hier:** Antrag der AfD auf ergänzende Unterrichtung bezüglich der bereits stattgefundenen Unterrichtung in der Sitzung am 30. November 2018

Zu a:

Der Ausschuss beschloss gemäß Artikel 24 Abs. 2 NV zu dem Antrag der Fraktion der FDP, dass die Landesregierung dem Ausschuss zu den Nrn. 1 bis 3 des Fragenkatalogs zunächst eine Übersicht über die dazu bei der Landesregierung vorhandenen Akten und bezüglich der Nrn. 4 und 5 des Fragenkatalogs alle bei der Landesregierung vorhandenen Akten, sonstigen Schriftstücke und elektronischen Dokumente zu Presseanfragen und deren Beantwortung bezüglich der Messstationen in den Städten Hannover, Oldenburg und Osnabrück sowie zu den dort aufgeführten Drucksachen aus der 18. Wahlperiode vorlegt.

Zu b:

Außerdem beschloss er zu dem Antrag der AfD, eine ergänzende Unterrichtung zu der am 30. November 2018 bereits stattgefundenen Unterrichtung entgegenzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD
Ablehnung: -
Enthaltung: -

5. a) **Die uneingeschränkte Gebührenfreistellung bei allen Aufstiegsfortbildungen des dualen Systems einführen!**
 Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/30](#)
- b) **Dauerhaft Mittel für „Meisterprämien“ in den Landeshaushalt einstellen!**
 Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1625](#)

Der Ausschuss hatte sich zu Beginn der Sitzung darauf verständigt, diese beiden Anträge, die er schon einmal in einer vorausgegangenen Sitzung behandelt hatte, zusammen zu beraten. Hierzu lag ihm ein Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen vom 9. Januar 2019 vor. Der Ausschuss empfahl dem Landtag, die Anträge in der Fassung des Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen (vgl. Vorlage 1 zu [Drs. 18/30](#) und 18/1625) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD
Ablehnung: -
Enthaltung: GRÜNE, FDP

6. **Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge rückgängig machen - Liquidität des Handwerks sichern und Bürokratie abbauen!**
 Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/24](#)

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung fort. Hierzu lag ihm ein Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen vom 9. Januar 2019 vor. Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen (vgl. Vorlage 1 zu [Drs. 18/24](#)) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD
Ablehnung: -
Enthaltung: GRÜNE, FDP

7. **Besprechung von Terminangelegenheiten**

hier: Planung einer parlamentarischen Informationsreise

Der Ausschuss beschloss bei Stimmenthaltung seitens der AfD-Fraktion, in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 eine parlamentarische Informationsreise nach Spanien durchzuführen.

Er vereinbarte in Reaktion auf den Beschluss der Deutschen Messe AG, die Ausrichtung der CeBIT einzustellen, den für den Besuch dieser Messe vorgesehenen Sitzungstermin am 26. Juni 2019 ersatzlos zu streichen.